

**Hochtechnologie trifft auf Verwaltungsmühlen.**

► Die Entscheidung des weltgrößten Halbleiterproduzenten TSMC, sein neues Werk in Dresden zu bauen, erscheint vielen wie ein Segen. 2.000 Arbeitsplätze, hohe Gewerbesteuererinnahmen und wachsende wirtschaftliche Bedeutung winken der Landeshauptstadt. Doch eine solche Gelegenheit erfordert auch Zuarbeit von der Kommune, um Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die neue Fabrik gedeihen und in die Stadt integriert werden kann. Fachkräfte müssen angelockt, Wohnraum geschaffen und Verkehrswege für Personen und Waren erschlossen werden. Doch die Verwaltung scheint, die erforderlichen Schritte zu verschlafen. Ohne ein koordiniertes Vorgehen droht aus der Chance ein Fiasko zu werden ...

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3.

Stadt Dresden kauft rund 1.200 Vonovia-Wohnungen an

Der Stadtrat hat sich im Dezember 2023 für den Ankauf von Vonovia-Wohnbeständen und Grundstücken durch die Landeshauptstadt und die städtische WiD - Wohnen in Dresden GmbH & Co. KG entschieden. Die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat hat nicht dafür gestimmt. Denn das Problem des knappen Wohnraums wird dadurch nicht gelöst.

Als die geplante Unternehmensfusion von Vonovia SE und Deutsche Wohnen SE vor rund zweieinhalb Jahren für Aufsehen sorgte, sollte sich zugleich eine Chance für die Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Sozialwohnungen ergeben. Damals ergriff der Stadtrat die Möglichkeit, in Verhandlungen mit der Vonovia zum Ankauf von Sozialwohnungen zu gehen und so der Marktkonzentration dieser großen Unternehmen in Dresden entgegenzuwirken. Es war nicht der favorisierte Weg der Liberalen im Stadtrat und tatsächlich setzten sie sich damals mit dem Beschlussvorschlag durch, Vonovia-Wohnungen auch auf dem freien Markt anzubieten. Um künftig genügend Sozialwohnungen bereitstellen zu

können, muss die Stadtverwaltung ohnehin eine Vielzahl an Maßnahmen angehen.

Bis 2036 laufen die Belegungsrechte der Stadt bei der Vonovia aus. Rund 10.000 Belegungsrechte hat die Stadt, eine Anzahl, mit der sie bisher gut ausgekommen ist. Aufgrund geänderter Landesgesetzgebung haben nun aber nicht mehr nur rund 10.000 Menschen Anspruch auf eine Sozialwohnung, sondern über 65.000 Mieter-Haushalte in Dresden, also rund 22% aller Haushalte.

Vor diesem Hintergrund kam der Erwerb von 1.213 Wohnungen sowie einiger Grundstücke von Vonovia zustande. Für die Stadt und

die WiD ist es zunächst kein Verlustgeschäft, der Spielraum für die WiD wird tatsächlich größer und sie verfügt damit über mehr als 2.000 Wohnungen. Über 30 Mio. Euro gehen zudem aus dem städtischen Haushalt in die WiD. „Mit der WiD bauen wir uns ein Unternehmen, das künftig einen ordentlichen Wert hat. Sollte die WiD dann in späteren Jahren einmal unseriös wirtschaften, hätte man dann auch wieder finanzielle Ausgleichsmöglichkeiten als Backup“, beurteilt Finanzpolitiker Christoph Blödner die Situation. „Aber wir kaufen auch unsanierte Plattenbauten als Sozialwohnungen und gehen als Stadt in erhebliche finanzielle Risiken, wenn wir glauben, der bessere Unternehmer zu

sein.“ Tatsächlich basiert das Sanierungskonzept der angekauften Wohnungen auf Fördermitteln des Freistaates, bei denen nicht klar ist, ob diese langfristig fließen.

Den Hauptkritikpunkt sieht Blödner an anderer Stelle: „Es entstehen durch den Ankauf keinerlei neue Wohnungen im Markt. Aus unserer Sicht sollte man sich lieber auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen konzentrieren und dadurch wieder mehr privaten Wohnungsbau ermöglichen. Zudem ist der Ankauf der Grundstücke ein kritischer Punkt. Dies sind große Areale, die per Bebauungsplan erst entwickelt werden müssen. Für die WiD als Ganzes sind die Flächen viel zu groß.“

In der Vergangenheit gab es schon immer Probleme mit der Entwicklung von Bebauungsplänen in der Stadtverwaltung. „Wir hätten ein deutlich geringeres Problem im Mietmarkt der Stadt, wenn man vor der Krise schneller und besser im Baubereich der Stadtverwaltung gearbeitet hätte“, sagt Blödner deutlich im Stadtrat. „Unkompliziert bauen muss aktuell die Devise sein.“

„Daher können wir der Ankaufsvorlage nicht zustimmen. Der Ankauf von Wohnungen ist äußerst kritisch zu sehen“, sagt Blödner abschließend. Am Ende stimmte eine Mehrheit des Stadtrates trotzdem für den Ankauf der 1.213 Wohnungen.

INHALT / SEITE 2

➤ **Inskrift am Altmarkt entfernt**

INHALT / SEITE 3

➤ **Industrieansiedlung im Norden**

INHALT / SEITE 4

➤ **Fraktion aktuell**

Gedenkinschrift auf dem Altmarkt entfernt

Die Inschrift, die an die Opfer der Bombardierung Dresdens erinnert, wurde entfernt. Von der Verwaltung kommen nur fragwürdige Auskünfte. Die FDP-Fraktion fordert Aufklärung.

In der zweiten Kalenderwoche wurde die Inschrift an der Erinnerungsstätte auf dem Altmarkt überraschend entfernt. Gemeinsam mit dem Bodendenkmal erinnerte die Inschrift an die Verbrennung von 6.865 Menschen, die im Zusammenhang mit der Bombardierung Dresdens am 13. und 14. Februar 1945 ums Leben gekommen waren. Es handelt sich um einen der wichtigsten Erinnerungsorte in der Stadt. Umso frappierender war es, als das Presseamt bekanntgab, die Umgestaltung der Erinnerungsstätte laufe „wie geplant“. Weder die Öff-

fentlichkeit, noch der Stadtrat, noch die erinnerungskulturellen Vereine der Stadt waren vorab über die Maßnahme informiert worden. Der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Holger Hase, ist entsetzt über den Vorfall: „Wie die Verwaltung hier vorgegangen ist, ist ein Skandal. Ein solch eklatanter Mangel an Koordination und Taktgefühl begegnet einem selbst bei der Dresdner Verwaltung selten. Weder die AG 13. Februar noch die Fachämter sind in diesen Vorgang einbezogen worden. Der Vorgang hinterlässt auch ein desolates Bild der

Stadtverwaltung bei dem Thema Erinnerungskultur rund um den 13. Februar. Immer wieder werden in aktionistischer Manier kurzfristig irgendwelche halbgegarbten Maßnahmen angestoßen. Erinnerungspolitische Schnellschüsse werden diesem komplexen Thema kaum gerecht. Was wirklich gebraucht wird, ist eine grundlegende, öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Der Stadtrat, die Verwaltung und die Stadtgesellschaft müssen sich gemeinsam und offen Gedanken machen, welche Form des Erinnerns wir uns an diesem zentralen



Ort wünschen.“ Zur Aufklärung des Sachverhaltes hat die FDP-Fraktion eine Aktuelle Stunde im Stadtrat beantragt.

Verkehrsversuch auf der Augustusbrücke soll mehr Komfort für Fußgänger und Kultur schaffen

Wie wird die Augustusbrücke zur Karlsbrücke, diese Frage hat sich die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat erneut gestellt. Der vollmundige Vergleich mit der Prager Brücke und das Versprechen, dass eine sanierte autofreie Augustusbrücke ein Gewinn für den Tourismus, die Kultur und alle Fußgänger sei, verleitete den Stadtrat zur Entscheidung, sie für den Autoverkehr zu sperren. Das ist über neun Jahre her. Die Sanierung ist inzwischen seit fast zwei Jahre beendet.



Seit ihrer Sanierung ist die Augustusbrücke wieder autofrei. Sie wurde für viel Geld saniert, ihr Charakter als Verkehrsbrücke blieb jedoch vollständig erhalten. Fußgänger

werden auf schmale Fußwege gedrängt, Bahn, Taxis und Radfahrer kommen dagegen schnell voran. „Von der einst versprochenen höheren Verweilqualität ist schon lange

keine Rede mehr, auch nicht von Kultur oder anderem. Ein immer wieder angekündigtes Konzept ist der zuständige Kulturbereich bis heute schuldig geblieben“, hält der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Holger Zastrow, fest.

In einer neuen Initiative fordert die FDP-Stadtratsfraktion nun die Möglichkeit, eine zeitlich begrenzte Fußgängerzone auf der Augustusbrücke zu schaffen und damit eine zeitweise Sperrung für den ÖPNV und andere motorisierte Verkehrsteilnehmer an bestimmten stark frequentierten Wochenenden, Feiertagen und Anlässen zu prüfen. Dies sind unter

anderem Wochenenden wie Ostern und Pfingsten, die Adventswochenenden, Silvester sowie relevante Großveranstaltungen im Umfeld, beispielsweise der Filmnächte am Elbufer oder auf dem Theaterplatz. Auch andere Feiertage oder aus touristischer Sicht sinnvolle Wochenenden wie beispielsweise die in den Sommermonaten gelegenen sollen mit betrachtet werden.

An diesen Tagen soll die Brücke dann für Bahnen und Taxis gesperrt werden, Rettungswagen sollen noch darüber dürfen. „Wenn das nicht dauerhaft geht, dann soll die Verwaltung es als Verkehrsversuch machen“, fordert Zastrow. In

der Vorweihnachtszeit 2024 solle damit begonnen werden.

Vorbild soll die berühmte Karlsbrücke Prags sein. Neun Jahre später ist bezüglich des Beschlusses kaum etwas passiert, selbst heute noch finden nur vereinzelt Straßenkünstler den Weg auf die Augustusbrücke. Das Nutzungskonzept, dem entscheidende Punkte fehlen, ist bis heute nicht mit Leben gefüllt. Die Stadtverwaltung ist trotz vorhandener Beschlüsse des Stadtrates tatenlos geblieben und die Augustusbrücke wird nach aktuellem Stand keine Brücke zum Wohlfühlen. Das soll sich nach dem Willen der FDP-Fraktion nun ändern.

KURZNACHRICHTEN

Stadtverwaltung erhöht bürokratische Hürden für die Filmnächte am Elbufer

Die Landeshauptstadt Dresden möchte das Gelände am Königsufer ab 2026 über eine Dienstleistungskonzession ausschreiben. Bisher finden dort die beliebten Dresdner Filmnächte statt, die der Betreiber über einen regulären Nutzungsvertrag veranstaltet. Die Ausschreibung würde der Stadtverwaltung auch die Gelegenheit bieten, selbst inhaltlichen Einfluss auf die Ausgestaltung zu nehmen. „Die Ausschreibung der Dienstleistungskonzession des Filmnächtegeländes ist nichts anderes als das Misstrauen gegen ein erfolgreiches und be-

liebtes Event, das seit 32 Jahren zeigt, wie auf einer leeren Fläche etwas Großartiges auf die Beine gestellt werden kann. Nichts spricht dafür, dass der inhaltliche Einfluss der Stadt zu einer besseren Qualität führt. Wieder einmal ist die Stadt drauf und dran ein wichtiges und erfolgreiches Event im Stadtleben zu zerstören und wieder einmal erleben wir, wie die Verwaltung stur an ihrer Auffassung festhält und die Wünsche des Stadtrates oder der Bürgerschaft nicht ernstgenommen werden“, sagt Stadtrat Holger Zastrow.

Anhörung zu Großveranstaltung in Dresden

Im November sprachen Veranstalter von Großevents mit Mitgliedern des Stadtrates und der Verwaltung über die Situation der Branche und den Erhalt der Festkultur in Dresden. Die überbordende Bürokratie sowie immer schwierigere Finanzierung hemmen Veranstalter immer stärker. „Das Geld aus der Großveranstaltungsförderung anderweitig zu verwenden, ist daher ein schwerwiegender Fehlschluss. Der Ausfall vieler Traditionsveranstaltungen muss der letzte Weckruf gewesen sein“, meint FDP-Fraktionsvorsitzender Robert Malorny.

Ehrenhain am Nordfriedhof und Ehrenmal am Olbrichtplatz werden saniert

Nach über einem Jahr hat der Stadtrat den FDP-Antrag zur historischen Kontextualisierung und Sanierung des Ehrenhains auf dem Nordfriedhof und des Ehrenmals am Olbrichtplatz beschlossen. Die Stadt hat nun den Auftrag, eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, des Stadtrates, der Verwaltung und bürgerschaftlicher Akteure zur Erstellung eines Konzeptes zur historischen Kontextualisierung des Ehrenhains im Nordfriedhof und des Ehrenmals am Olbrichtplatzes zu bilden. In Zusammenarbeit

mit dieser Gruppe sollen die Maßnahmen für die Sanierung eruiert und fortgeführt und das Kontextualisierungskonzept zur finalen Abstimmung dem Kulturausschuss vorgelegt werden. „Geschichtszeichen vergangener Epochen werfen manchmal Probleme auf. Besonders dann, wenn sie sich mit Themen wie Krieg oder Gewaltherrschaft beschäftigen. Sie dürfen nicht unkommentiert verwittern, sondern müssen kontextualisiert instandgesetzt werden“, erklärt der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Holger Hase.

Industrieansiedlungen im Dresdner Norden: Chancen und Herausforderungen

Die Ansiedlung des Chipherstellers TSMC bedeutet eine große Chance für Dresden. Doch wichtige Fragen der Verkehrsanbindung des neuen Werks, der Wasserversorgung und des Wohnraums für die Mitarbeiter müssen noch geklärt werden.

Zurecht herrschte große Freude in der Stadt, als im August letzten Jahres bekanntgegeben wurde, dass der weltgrößte Chiphersteller TSMC beabsichtigt, sein neues Werk in Dresden zu errichten. Die Standortwahl hat geostrategische Relevanz, doch auch für Dresden im Kleinen löst die Entscheidung große Erwartungen aus. Mit der Fabrik kommen 2.000 gut bezahlte Arbeitsplätze, Dresden verfestigt seine Position als wichtigster Halbleiterstandort Europas und gemeinsam mit der Intel-Ansiedlung in Magdeburg gewinnt die gesamte Region an wirtschaftlicher Bedeutung. Im Rathaus freut man sich zudem verständlicherweise über die

denen sich die Verwaltung bisher nur unzureichend stellt.

Für die Produktion werden Tausende Arbeitskräfte benötigt. Da es sich teilweise um hoch spezialisierte Jobs handelt, wird der Personalbedarf nicht komplett mit Dresdnerinnen und Dresdnern gedeckt werden können. Es werden also viele Menschen nach Dresden ziehen, die natürlich auch eine Wohnung brauchen. Es ist fraglich, wie der ohnehin angespannte Dresdner Wohnungsmarkt den Zuzug aufnehmen soll. Die Bemühungen der Stadt hinsichtlich der Schaffung von Wohnraum haben sich bisher auf Sozialwohnungen

Auflagen zu drängsalieren und Wohnungsneubau so schwer wie möglich zu machen.

Auch hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur bestehen Herausforderungen. Bisher führen keine Straßenbahnlinien zu der neu entstehenden Fabrik. Wenn es nach der Verwaltung geht, soll das auch so bleiben und die zukünftigen Arbeiterinnen und Arbeiter des Hightech-Betriebes täglich per Bus über die Autobahn zur Arbeit kommen – eine völlig ungenügende Lösung. Doch das sind noch lange nicht alle Probleme, die sich mit der Verkehrsanbindung auf tun. Wie bereits in Ausgabe 37 der Ratsdepesche berichtet, ist die Brücke, die die Königsbrücker Straße über die Gleise an der S-Bahn-Haltestelle Industriegelände führt, marode und es lässt sich nicht voraussagen, wie lange sie noch benutzt werden kann. Schon jetzt ist die Brücke für Schwerlasttransporte gesperrt. Dadurch ergibt sich ein ernsthaftes Problem für den Materialtransport der Fabriken im Norden.

Zudem ist zu erwähnen, dass auch sehr reale Kosten mit der Industrieansiedlung verbunden sind. Bis zu fünf Milliarden Euro an Subventionen hat der Bund in die Hand genommen, um TSMC ins Elbtal zu locken. Doch neben dem Bund müssen auch Dresden und Sachsen finanzielle Beiträge leisten, in Form von Investitionen in die Infrastruktur. Konkret geht es um Subventionen in Höhe von 50 Millionen Euro aus der Stadtkasse für den Bau eines neuen Wasserwerks im Norden; der Freistaat trägt weitere 100 Millionen Euro bei. Geradezu unvorstellbar große Summen, dennoch unumgänglich: die Chi-

pinindustrie braucht große Mengen Wasser für den Betrieb der Werke und die erforderlichen Gelder für die nötigen Großinvestitionen können von der SachsenEnergie selbst nicht erwirtschaftet werden.



pinindustrie braucht große Mengen Wasser für den Betrieb der Werke und die erforderlichen Gelder für die nötigen Großinvestitionen können von der SachsenEnergie selbst nicht erwirtschaftet werden.

Auch aus den Reihen der bereits bestehenden Unternehmen in Dresden hört man Kritik. Das betrifft sowohl die gigantischen Subventionen, die auf das neue Unternehmen herabregnen, während heimische Betriebe die Verwaltung oft nur als Hindernis und Bremse erleben dürfen. Andererseits machen sich viele Unternehmen Sorgen über die neue Konkurrenz um die vorhandenen Arbeitskräfte. Schon seit langem haben alle Branchen in Dresden Schwierigkeiten, Mitarbeiter zu gewinnen. Neue Industrieansiedlungen mit ungeheuren Personalbedarfen (auch abseits der hochspezialisierten Berufe) drohen die Situation zu verschärfen. Ganz konkrete Probleme mit der Ansiedlung bekamen 30 Unternehmen, die ihre Geschäftsräume bisher im Gewerbepark an der Radeburger Straße hatten. Da der Park auf der Fläche des zukünftigen Halbleiterwerks steht, wird er abgerissen – den bisherigen Mie-

Problem abzusehen war, hat sich die Abteilung Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung erst spät mit den betroffenen Unternehmern in Verbindung gesetzt, anstatt sie von Anfang an bei der Suche nach neuen Gewerberäumen zu unterstützen.

Robert Malorny, der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, fasst die vorläufigen Ergebnisse des Ansiedlungsprozesses zusammen: „Mit der Entscheidung von TSMC für den Standort Dresden ist der Landeshauptstadt eine Jahrhundertchance zugefallen, das ist auch den Bemühungen des Oberbürgermeisters zu verdanken. Jetzt geht es darum, das Potential zu nutzen und eine erfolgreiche Integration des Betriebes in die Stadt sicherzustellen. Die Stadtverwaltung hat dabei an verschiedenen Fronten wichtige Hebel in der Hand, handelt aber zu zögerlich. Dieses Riesenprojekt kann nur mit Hilfe einer willigen und fähigen Verwaltung gelingen. Wir werden ihr dabei auf die Finger schauen und wo nötig Druck machen, um es in geordnete Bahnen zu lenken.“



Gewerbesteuereinnahmen, die der Stadt winken. Doch bei aller Freude sollte nicht vergessen werden, dass mit der Industrieansiedlung auch Herausforderungen einhergehen,

beschränkt, was bei der neuen Situation herzlich wenig hilft. Nun wird schmerzhaft deutlich, welche Folgen es hatte, Immobilieninvestoren jahrelang mit immer neuen

KURZNACHRICHTEN

„Naddl & Ronny“-Graffito immer noch nicht entfernt

Im Herbst vergangenen Jahres hat die FDP-Fraktion auf das Graffito „Naddl&Ronny“ an der Carolabrücke aufmerksam gemacht und auf dessen Entfernung gedrängt. Schmierereien an so zentralen Orten stören das Gesamtbild der touristisch ansprechenden Innenstadt sensibel. Die ausgelagerte mediale Aufmerksamkeit hat den Druck auf die untätige Verwaltung erhöht, die eine baldige Entfernung verkündete. Allerdings ist aufgrund des Hochwassers zum Jahresende wieder nichts passiert. Die Fraktion bleibt dran.

Parkgebührenerhöhung verfehlt Einnahmziel

Mit der Intention, Mehreinnahmen im Haushalt zu generieren, hat sich die Verwaltung und ein Großteil des Stadtrates dazu verleiten lassen, die Parkgebühren drastisch zu erhöhen. Der Finanzzwischenbericht 2023 zeigt allerdings, dass der gewünschte Effekt ausblieb. Anstatt den prognostizierten Anstieg von 8,6 Mio. Euro auf 14,3 Mio. Euro, wurden gerade einmal 9 Mio. Euro erzielt. „Die geringen Einnahmen durch höhere Gebühren stehen in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Schaden, den sie verursachen“, kritisiert Stadtrat Zastrow.

Krachtbrunnen-Sanierung wird teurer

Dauerthema Neustädter Markt: Die Sanierung des östlichen Krachtbrunnens zieht sich verwaltungsbedingt in die Länge. Jahrelange Vernachlässigung haben dafür gesorgt, dass eine kostspielige Grunderneuerung die letzte Möglichkeit ist. Im Herbst 2023 hätte daher der Sanierungsstart für 1,5 Millionen Euro stattfinden sollen. Die Haushaltssperre machte dem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung, weshalb der Baustart nun für Frühjahr 2024 angesetzt ist. Die Kosten dafür sind auf mittlerweile 2,05 Millionen Euro gestiegen, Tendenz steigend.

FDP-Fraktion unterstützt Bundesgartenschau-Bewerbung Dresdens für 2033

Der Weg für die Bewerbung zur Bundesgartenschau 2033 ist frei. Gemeinsam mit den anderen Fraktionen stimmte die FDP-Fraktion für die Bewerbung Dresdens als Austragungsort. Die Bundesgartenschau ist eine Chance für ganz Dresden und alle einbezogenen Areale, eine neue Entwicklung aufzunehmen. Das bietet die Möglichkeit, Projekte und Areale wie zum Beispiel im Südpark, einem der Trümmerberge oder dem Gebiet rund um den Leubener Kiessee zu realisieren. Nicht zuletzt soll die Bundesgartenschau 2033 ein Fest und eine

Identifikationsmöglichkeit für alle Dresdner sein. „Die Bundesgartenschau ist für Dresden genau das richtige Projekt. Dresden ist eine Landschaftsstadt, die mit viel Stadtgrün glänzt und sich durch ihre unterschiedlichen Naturräume auszeichnet. Die Bewerbung zur Bundesgartenschau ist die Chance, jahrzehntelang vernachlässigte Flächen zu entwickeln und aufzuwerten“, erklärt Stadtrat Holger Zastrow. Zudem werden zwei Drittel der Aufträge für die städtebauliche Entwicklung an Unternehmen aus der Region gehen.

Fraktion aktuell

Deutliches Zeichen gegen Antisemitismus

Zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 85. Jahrestages der Reichspogromnacht an der Gedenkstele

am Hasenberg kamen deutlich mehr Menschen als in den vergangenen Jahren. Angesichts des Überfalls der Hamas auf Israel und des auch hierzulande wieder verstärkt aufflammenden Antisemitismus



Holger Hase nahm an der Gedenkveranstaltung teil.

Holger Zastrow bleibt Mitglied der FDP-Stadtratsfraktion – Robert Malorny wird neuer Fraktionsvorsitzender

Am 16. Januar 2024 teilte Holger Zastrow seinen Austritt aus der Freien Demokratischen Partei mit. Nach 30 Jahren politischen Wirkens in der FDP, von denen er bereits seit knapp 20 Jahren ein Stadtratsmandat innehat, trennt er sich von den Liberalen. Seine Entscheidung begründete er mit dem technokratischen Agieren der Bundespartei, die in der Ampelkoalition das Gespür für die Bedürfnisse und Sorgen der bürgerlichen Mitte verloren habe. Auch ohne Parteibuch kann er sein Stadtratsmandat bis August 2024, dem Ende der aktuellen Wahlperiode, wahrnehmen. „Meine Entscheidung hat nichts mit der Dresdner Stadtratsfraktion zu tun. Wir sind ein gutes, professionelles Team und schaffen es immer wieder, im Rahmen der

gegebenen Mehrheiten Zeichen zu setzen und was für Dresden zu bewegen“, sagt Zastrow.

Robert Malorny bedauert den Parteiaustritt. „Wir verlieren einen sehr polarisierenden und engagierten Mitstreiter in der Partei. Innerhalb der Fraktion werden wir aber bis zur Wahl weiter zusammenarbeiten.“

Am 1. Februar 2024 übernahm Robert Malorny nach einer internen Abstimmung den Fraktionsvorsitz, an seiner Seite steht als Stellvertreter Holger Hase. Den Fraktionsvorstand komplettiert Franz-Josef Fischer als Beisitzer.



Robert Malorny ist neuer Fraktionsvorsitzender.



Die FDP-Fraktion auf Klausurtagung in Kamenz.

war es vielen Dresdnerinnen und Dresdnern ein Bedürfnis, ihre Solidarität mit Israel und den in unserer Stadt lebenden Jüdinnen und Juden zu demonstrieren. Auch zu weiteren Anlässen, wie dem Volkstrauertag und dem Gedenken anlässlich der Opfer des Nationalsozialismus war die Teilnahme der Fraktion eine Selbstverständlichkeit.

Neuer Impuls für die Weihnachtsstadt Dresden!

Gemeinsam mit der Dresden Marketing GmbH trägt die DVB AG ihren Teil zur festlichen Stimmung in der Weihnachtshauptstadt bei. Erstmals fuhr in der Weihnachtszeit eine Weihnachtsbahn auf der Strecke der Linie 8 und zu einigen Sonderfahrten durch Dresden. Den Anstoß dafür gab DVB-Aufsichtsrat und Stadtrat Holger Zastrow. Damit die Straßenbahn in den kommenden Jahren noch stärker auffällt, wurde der Wunsch geäußert, dass sie noch mehr Glitzer zeigt.



Weihnachten auch bei der DVB.

Endspurt für die siebte Wahlperiode!

Im Dezember trafen sich die Stadträte und Mitarbeiter der FDP-Fraktion zur zweitägigen Klausurtagung in Kamenz. Nach einer Auswertung der bisherigen Arbeit ging es daran, die aktuellen Themenschwerpunkte in den einzelnen Bereichen von A wie Augustusbrücke bis Z wie Zollamt zu diskutieren und den Fahrplan bis Juni 2024 festzulegen.

Im Streitgespräch mit dem Grünen Baubürgermeister

Im Podcast der Sächsischen Zeitung „Thema in Sachsen“ traf Holger Zastrow Mitte November auf Stephan Kühn, seines Zeichens Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau. In der 60-minütigen Folge ging es um die Mobilität der Zukunft in Dresden. Dabei waren sich beide einig, dass die Menschen in Dresden multimobil unterwegs sind und eine kompaktes

Angebot benötigen. Holger Zastrow kritisiert jedoch, dass sich für den Ausbau der Radfahrinfrastruktur der motorisierte Individualverkehr mit der Straßenbahn immer öfter eine Spur teilen soll und Anwohnerparkflächen ersatzlos wegfallen. Für ihn ein Rückschritt und keine Lösung für fließenden und sicheren Verkehr für alle. Während neue kostspielige Projekte, wie die Mobi-Angebote der DVB gehypt werden, haben andere Maßnahmen, die wirklich eine verkehrliche Entlastung bringen würden und seit Ewigkeiten im Gespräch sind, wie zum Beispiel Park & Ride-Plätze, keine Priorität. Auch auf die Sanierung der Königsbrücker Straße oder der Stauffenbergallee warten die Dresdner seit Ewigkeiten. Alles Projekte, welche für die Mobilität deutliche Verbesserungen bringen, aber nicht realisiert werden. Kontrovers ging es auch in der Debatte um Verkehrsversuche, Elberadweg und Radfahrstreifen zu. Hören Sie gern mal hinein!

Den Podcast „Thema in Sachsen“ der Sächsischen Zeitung, Folge 23, können Sie auf der Seite saechsische.de nachhören.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Christoph Blödner, Franz-Josef Fischer, Holger Hase, Robert Malorny und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 1035
E-Mail fdp-fraktion@dresden.de

Redaktion

Maximilian Hempel (V.i.S.d.P.), Thomas Widra, Jacqueline Masopust, Till Bunzel

Gesamtherstellung

SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv, Unsplash (Laura Ockel, Ivan Bandura), Weihnachtsbahn: DVB AG

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Keine Ampel – bitte Kreisverkehr

Die Ampel muss weg, so liest man es auf immer zahlreicher werdenden Schildern. Dabei war die Ampel einst eine tolle Erfindung, man lernte durch sie, den Verkehr zu beherrschen. Die Farben waren gut gewählt, man konnte unterscheiden, ob man bremsen oder Gas geben soll. Die Idee, Blau, Weiß oder Braun zu verwenden, kam nicht auf.

Der Ampelvergleich der „Schildermaler“ hinkt. Niemals leuchten alle drei Farben gleichzeitig. Gerade das will uns die Bundesregierung aber vormachen. Doch keiner glaubt den grell leuchtenden Farben, man möchte stattdessen die Ampel gern abschalten. Im Verkehr würde das zu einem Chaos führen.

Ich schlage deshalb, auch im politischen Sinne, den Kreisverkehr als beste Lösung vor. Welche Vorteile hat das? Zuerst einmal muss man vor dem Einbiegen nicht blinken! Jeder Autofahrer nimmt die gleiche Richtung. Wer unsicher ist, der kann sogar mehrere Runden fahren, ehe er sich für eine Ausfahrt entscheidet. Diese muss er aber anzeigen, er muss rechtzeitig blinken. Ein zweiter Vorteil ist der fehlende Stromverbrauch! Kosten sparen, das wollen wir doch alle. Nicht nur durch das eigene Benzin oder den Akkuverbrauch. Dritter Vorteil: Man regt sich nicht mehr auf wie in der Rotphase einer Ampel, wenn die anderen Fahrbahnen frei sind und man dennoch stehen bleiben muss.

Im sächsischen Wahljahr 2024 ist der Vergleich mit dem Kreisverkehr eine gute Anregung. Zügig heranfahren, wenig Rauch erzeugen und nicht blinken, das heißt doch: fairer Wahlkampf ohne unhaltbare Wahlversprechen! Also hinein in den Kreisverkehr, in die Wahlen, mit einem festen Ziel. Ein Ziel, welches man zuvor längst avisiert hat.

Die Fußgänger und Radfahrer unserer Stadt mögen mir verzeihen. Der Vergleich hinkt. Ein bisschen rot und grün muss schon sein! Wenigstens im Straßenverkehr.

Franz-Josef Fischer

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4881035